



Suche

Formularende



Viele Kirchen für immer weniger Gemeindeglieder. In Zürich drängen sich für Reformierte Reformen auf (Bild: Zeljko Gataric-Imhoff)

Erstellt: 27.05.2011



«Milieu-Kirchen» ist das Zauberwort

Gemeindereformen/ Der Zürcher Stadtverband plant eine umfassende Reform seiner Kirchgemeinde-Strukturen. Auch auf dem Land tut sich einiges.

1921 scheiterte der Plan, die ganze Stadt Zürich als einzige Kirchgemeinde neu zu strukturieren, am Widerstand einer einzigen Gemeinde. 90 Jahre später und 102 Jahre nach der Gründung des «Verbands der evangelisch-reformierten Kirchgemeinden der Stadt Zürich», so der offizielle Name, packt der Stadtverband das heisse Eisen erneut an. «Aus absoluter Notwendigkeit», begründet Roland Diethelm, Pfarrer in Zürich Wipkingen ein 2009 gestartetes umfassendes Reformpaket. Diethelm leitet das «Teilprojekt 5», welches sich mit den «Reformen auf Ebene Kirchgemeinden» befasst, äusserte sich gegenüber «reformiert.» aber nicht in dieser Funktion, sondern aufgrund seiner persönlichen Meinung.

Reformdruck. Wenn Roland Diethelm von «zwingendem Reformdruck» spricht, meint er zum Beispiel die Zahlen, die in einer 128 Seiten starken, 2009 durch das Zürcher Beratungsbüro Landert Partner erstellten Ist-Analyse zu finden sind: Die heute rund 96 000 Reformierten der Stadt Zürich leben in Strukturen, die nach den verschiedenen Eingemeindungen für über eine Viertelmillion Gemeindeglieder geschaffen wurden: nämlich 34 Kirchgemeinden mit 47 Kirchen und 30 Kirchgemeindehäusern. Und der Schrumpfungsprozess – einzelne Kirchgemeinden weisen noch ein Siebtel des Bestandes von 1950 auf – wird weitergehen. Bis 2030 könnte die Zahl der Reformierten auf 75 000 sinken. Die Folgen sind allgemein bekannt: Wenn jede der Quartiergemeinden ein umfassendes Angebot aufweisen muss, ist die Finanzierung infrage gestellt, es lassen sich kaum mehr Engagierte für die verschiedenen Gemeindeämter finden, und die professionelle und gesetzeskonforme Erfüllung der immer anspruchsvoller werdenden Verwaltungsaufgaben ist nicht mehr überall gewährleistet.

Was nun im Herbst 2011 bei den betroffenen Kirchgemeinden in eine breite Vernehmlassung gehen soll, könnte ziemlich revolutionär werden. Mit verschiedenen Leitideen liesse sich eine neue Kirche auf Stadtgebiet bauen, die sich hauptsächlich an soziologischen «Milieus» orientiert. Milieu- oder Profil-Kirchen gibt es schon heute, etwa die Bahnhofkirche im HB oder die Streetchurch. «Das sind Kirchen am Weg der Menschen», sagt Roland Diethelm: «Milieu-Kirchen lassen sich aber auch am Ort bauen, am Wohnort, am Arbeitsort, Freizeitort oder Bildungsort.» Eine weitere Leitidee für die Gemeindereform sind vermehrte Partnerschaften, zum Beispiel mit Schulgemeinden. Da diese in der Stadt geografisch kaum mehr kongruent sind mit den Kirchgemeinden, müssten vermehrte Partnerschaften auch zu neuen Grenzen der Kirchgemeinden führen. Und schliesslich ergibt sich eine Entwicklungsmöglichkeit in so genannten Kommunitäten. Das sind kirchliche Gemeinschaften, die auf ein bestimmtes Quartier ausstrahlen. Ein funktionierendes Beispiel ist das Stadtkloster Segen in Berlin. Mit Kommunitäten liessen sich auch in Zürich einige der rund 20 Kirchen, die nach der Reform nicht mehr im bisherigen Rahmen genutzt werden, kirchlich erhalten.

Strukturmodelle. Realisieren lassen sich diese Leitideen nach den Vorstellungen der Reformer in verschiedenen Strukturmodellen. Ein erstes Hauptmodell geht von noch einem Dutzend fusionierter Grossgemeinden mit jeweils 8000 bis 10000 Gemeindegliedern aus. Ob es sich dabei um mehr oder weniger autonome Kirchgemeinden, mit dem Stadtverband als übergeordnetem Gebilde, handelt, oder ob es nur noch Teilgemeinden einer Gesamtkirchgemeinde Stadt Zürich sind, ist für Roland Diethelm «gar nicht so entscheidend». Wichtig sei, dass die Teilgemeinden jeweils zwei bis drei Milieus erreichen können. Ein zweites Hauptmodell – Roland Diethelm nennt es das «Wolken-Modell» – sieht klar nur eine übergeordnete Stadtkirche vor. Untergeordnete Strukturen, namentlich Partnerschaften oder

Kommunitäten, lösen sich vom – nach diesem Modell «veralteten» – Begriff der «Parochie», der Kirchgemeinde mit geografischen Grenzen. Das erste Modell ist laut Roland Diethelm klar ein «Sparmodell, das sich auch auf die Zahl der Mitarbeitenden auswirken wird. Da dürften in der Vernehmlassung bestimmt auch die grössten Bedenken laut werden.» Beim zweiten Hauptmodell hingegen könnten die neuen Strukturen sogar in Richtung Ausbau gehen. Beide Modelle sehen vor, aus der Zentralkirchenpflege des Stadtverbandes ein städtisches Kirchenparlament zu schaffen, beim zweiten Modell ist dies sogar zwingend. Dazu wäre aber eine Änderung der kantonalen Kirchenordnung nötig. Sind die Vertreter der Landgemeinden in der Synode dazu bereit, und wie steht es überhaupt mit dem Reformbedarf auf dem Land?

Kooperationen. Die neue Zürcher Kirchenordnung geht davon aus, dass Kirchgemeinden im Normalfall territorial identisch sind mit den jeweiligen politischen Einwohnergemeinden. Was nun im Falle von Grossstädten wie Zürich dafür spricht, Quartier- und Kreiskirchgemeinden zu fusionieren, ist bei Landgemeinden natürlich gerade ein Argument gegen solche Zusammenschlüsse. Es sei denn, der Kirchgemeindefusion ginge eine Fusion auch der entsprechenden politischen Gemeinde voraus, wie dies im Bernbiet erst kürzlich der Fall war, als ein Zusammenschluss der Kirchgemeinden Albligen und Wahlern der Fusion der politischen Gemeinden folgte.

Trotzdem sind regionale Kooperationen – aus denselben Gründen wie in grossstädtischen Gebilden, nämlich Mitgliederschwund, Spardruck, Behörden-Überforderung – natürlich auch bei Zürcher Landgemeinden ein grosses Thema. Übergemeindliche Zusammenarbeitsmodelle werden von der neuen Kirchenordnung in verschiedenen Artikeln auch ausdrücklich gefördert. Unklar ist indessen, ob solche Kooperationen den Schritt zum definitiven Schritt zum Zusammenschluss vermeiden helfen oder ihn erst recht fördern.

Gemeineautonomie. Im Oktober 2010 befasste sich eine Impulstagung der landeskirchlichen Gemeindedienste für Kirchenbehörden mit Kooperationsformen, die noch nicht das Ende der hochgelobten Gemeindeautonomie bedeuten müssen. Diskutiert wurden zahlreiche konkrete Beispiele, aus anderen Kantonen wie etwa Glarus oder dem Berner Jura, aber auch aus dem Zürcher Unterland. Hier wollen die Wehntaler Gemeinden Dielsdorf, Regensberg, Schöfflisdorf-Oberweningen-Schleinikon und Niederweningen ein ein recht weitgehendes Zusammenarbeitskonzept in den Bereiche Konfirmationsunterricht, Kinder- und Jugendarbeit, Kommunikation, Musik und Personalwesen bis 2012 auf die Beine stellen. Ebenfalls im Zürcher Unterland existieren bereits Kooperationen in der Rechnungsprüfung. Die finanztechnische Rechnungsprüfung öffentlich-rechtlicher Körperschaften darf im Kanton Zürich seit kurzem nur noch von zertifizierten Fachkräften durchgeführt werden. Wer in seiner Rechnungsprüfungskommission (RPK) nicht mindestens eine Fachkraft mit den entsprechenden Ausweisen hat, muss den finanztechnischen Teil für teures Geld an eine Profi-Firma delegieren – oder mit einer anderen Kirchgemeinde, die über eine Fachkraft verfügt, kooperieren. Das ist möglich, weil für RPK-Mitglieder keine Wohnsitzpflicht mehr besteht.

Territorialdenken. In eine viel weitergehende Richtung scheint ein Pfarrunion-Projekt im Tösstal zu weisen: In Bauma (2400 Reformierten) waren Stellenprozent gekürzt worden, und die Pfarrstelle in Sternenberg (220 Reformierte) war schwer zu besetzen. Am 1. März 2010 konnte Pfr. Martin Scheidegger als erster von beiden Kirchgemeinden gewählter Pfarrer eingesetzt werden. Für Bruno Kleeb, Mitglied der Kirchensynode und bis 2010 Kirchenpflegepräsident von Bauma, hat die Pfarrunion Bauma-Sternenberg durchaus «Modellcharakter, gerade für die Zusammenarbeit von Kleinstgemeinden mit grösseren

Partnern.» Es würden, so Kleeb, Ressourcen eingespart, vor allem Pfarrstellen, und das Angebot beider Partner werde vielfältiger. Bruno Kleeb macht sich aber keine Illusionen, dass Kooperationen ein Mittel sind, Zusammenschlüsse zu vermeiden. Im Gegenteil sieht er solche Lösungen als Übergangsmodelle, als eine Vorstufe für eine Fusion: «Wenn eine Kooperation gelingt, werden Ängste abgebaut. Gemeindebau ist auf die Dauer schwer mit zwei Leitungsgremien, zwei Kirchenpflegen, zu planen.» Karl Flückiger von der Fachstelle für Gemeindeaufbau und Beratung bei der Zürcher Landeskirche ist überzeugt: «Noch gibt es bei unseren Landgemeinden keinen Dringlichkeitsfall. Das Territorialdenken ist aber auf längere Sicht überschritten.»

Sinus-Milieus. Milieu-Kirchen statt geografische Strukturen – das ist auch für Landgemeinden ein Thema. Darum arbeitet man bei der Landeskirche derzeit nicht nur an Musterverträgen und —Checklisten für Gemeindekooperationen, sondern beteiligt sich an der gegenwärtig laufenden, rund 180 000 Franken teuren Sinus-Milieu-Studie, die das Reformprojekt der Zürcher Stadtkirchen entscheidend weiter bringen soll. So genannte Sinus-Milieus, ein Begriff aus dem Marketing, gruppieren Menschen mit ähnlicher Lebensweise und Lebensauffassung. Ergebnisse sollen laut Studienleiter Matthias Krieg im Herbst vorliegen. Ziel ist es, so genannte «lieux d’église» für Stadt und Kanton Zürich zu definieren. Das wären milieuorientierte Kirchgemeinden, Wertegemeinschaften der Gemeindeglieder, unabhängig von ihrem geografischen Wohnort.

Die grosse Frage ist: Mit welchem Widerstand haben Reformprojekte zu rechnen? Für Gemeindeaufbau-Spezialist Karl Flückiger – auch er arbeitet an der Stadtzürcher Reform mit – ist klar: Nicht nur in kleinen ländlichen Gemeinden besteht in den bisherigen territorialen Strukturen ein «Heimatgefühl, das man ernst nehmen muss», sondern auch in den grossstädtischen Kirchgemeinden, und dies sowohl bei den Funktionsträgern als auch bei den Gemeindegliedern. Von «oben» (vom Kirchenrat) zwangsverordnete Gemeindefusionen wird es zumindest nach der geltenden Kirchenordnung nicht geben: «Die Neubildung, Vereinigung oder Auflösung von Kirchgemeinden erfolgt durch Beschluss der Kirchensynode auf Gesuch der betreffenden Kirchgemeinden und Kirchgemeindeverbände», heisst es in Artikel 151.2, allerdings mit dem vielsagenden Zusatz: «...oder nach deren Anhörung.» Flückiger erinnert denn auch daran, dass beispielsweise in Genf oder Basel für einschneidende Massnahmen doch ein gewisser Druck nötig war.

Im Kanton Graubünden sieht eine unlängst präsentierte Revision der Kirchenverfassung eine radikale Reduktion von 120 auf 19 Kirchgemeinden vor. Für Zürich spricht sich dagegen Kirchenrat Andrea Bianca, in der Exekutive zuständig für den Gemeindeaufbau, für ein pragmatisches Vorgehen aus: «Kooperationen sind konzentrierte Klärungsmodelle. Sie sollen aufzeigen, in welchen Bereichen, in welcher Form und welcher Intensität zur verbesserten Auftragserfüllung zusammengearbeitet werden soll. Bei sachlichem Bedarf können daraus – aber müssen nicht – auch gemeindespezifische Fusionen entstehen.» Thomas Illi

Von unten getragen

«Die Fusion von Kirchgemeinden unterscheidet sich von derjenigen von Wirtschaftsunternehmungen insofern, als sie nicht von «oben» bestimmt wird, sondern einen Konsens von benachbarten Kirchgemeinden über die gewünschte gemeinsame Zukunft darstellt, also von «unten» getragen ist.»

Landert-Bericht, Januar 2009